



KLIMA.GERECHT

Eine sozial-ökologische SPD **Unsere Leitlinien an die kommende Bundesregierung**

Die Bundestagswahl war eine bittere Niederlage für die Sozialdemokratie und stellt uns vor die Herausforderung neuer politischer Mehrheiten. Das Wahlergebnis zeigt deutlich die Fehler der letzten Jahre auf und fordert, dass jetzt die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Weite Teile des neu gewählten Parlaments lehnen verantwortungsvolle Klima- und Sozialpolitik ab. Es ist unsere Verantwortung als Sozialdemokrat*Innen, diese beiden Felder zusammenzuführen: für einen sozial gerechten Klimaschutz und eine lebenswerte Zukunft für alle. In einer kommenden Bundesregierung muss die SPD standhaft und aufrecht, Demokratie, Klimaschutz und die Freiheitsrechte aller verteidigen.

Wir sind überzeugt davon, dass die sozial gerecht gestaltete Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft unabdingbar ist. Die kommende Regierung ist die letzte, die maßgeblich zur Umsetzung der Agenda 2030 beiträgt. Es muss jetzt gehandelt werden, um unsere Gesellschaft gegen die Klimakrise, Pandemien, Kriege, Hungersnöte und andere Bedrohungen resilient zu machen. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen jetzt zurück an die Spitze der politischen Agenda. Eine handlungsfähige und gerechte internationale Ordnung ist grundlegend für effektiven Klimaschutz. Der Ausstieg der US-Regierung aus dem Pariser Klimaabkommen und ihr Angriff auf zentrale Elemente des multilateralen Systems schwächen nicht nur unmittelbar die Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft gegen den Klimawandel, sondern bergen auch das Risiko einer weiteren Erosion des Multilateralismus. **Die nächste Bundesregierung muss sich klar und deutlich zur regelbasierten internationalen Ordnung und internationalen Zusammenarbeit bekennen und dies mit einem entsprechenden politischen und finanziellen Einsatz untermauern.**

Gleichzeitig erleben wir ein raues politisches Klima, in dem einige den Kampf gegen Demokratie und Klimaschutz Hand in Hand gehen lassen. Die Energiekrise, die Inflation und wachsende Existenzängste bieten dabei einen Nährboden für politischen Extremismus, eine starke und glaubwürdige Sozialpolitik ist die notwendige Antwort. Tausende Gespräche in Ost und West haben uns bestätigt: Menschen sind offen für eine rasche Energiewende und überzeugte Klimapolitik, wenn sie mit einer starken Sozialpolitik einhergehen.

Veränderungen wie diese sind - heute wie vor 163 Jahren - die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie. Die SPD trägt die historische Verantwortung, für Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit einzutreten und die Weichen für eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige und damit klimaneutrale Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. In den kommenden Verhandlungen dürfen wir deshalb hinter folgende, zentrale sozial-ökologische Leitlinien nicht zurückweichen:



Forderungen

Wir stehen dafür, dass die SPD die Zukunft der künftigen Generationen schützt und Verantwortung übernimmt für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Ein sozial gerechter Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise muss jetzt mit besonderem Nachdruck eingeleitet werden. Dazu gehört für uns:

I. Finanzen und Sozialpolitik

- A. Einführung des Klimageldes zur Umverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe** und Abfederung von Preissteigerungen. Ein gerechtes Klimageld mit zielgerichteter Förderung und sozialer Staffelung entlastet Bürger*innen und erhöht die Akzeptanz der für den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen. [Das Klimageld muss auch den Emissionshandel der EU \(ETS II\) umfassen.](#) Der Umbau der Energieversorgung darf nicht zur Bereicherung weniger führen, sondern muss alle beteiligen. Gleichzeitig müssen Reiche, die überproportional zum Klimawandel beitragen, stärker an den Kosten der Transformation beteiligt werden. Dafür müssen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformiert und die Vermögenssteuer wieder eingesetzt werden. Steuersenkungen für Besserverdiener und Vermögende lehnen wir ab.
- B. Reform der Schuldenbremse:** Die von der SPD und Union angekündigte Aufweichung der Schuldenbremse ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch langfristig braucht es eine noch weitergehende Reform, die nicht nur kurzfristige Entlastungen schafft, sondern dauerhaft Investitionen in die Zukunft – insbesondere in Klimaschutz und damit soziale Gerechtigkeit – ermöglicht.
- C. Unterstützung der Kommunen:** Dass 100 Milliarden Euro den Ländern und Kommunen zugutekommen sollen, ist ein zentraler erster Schritt für die Umsetzung sozial-ökologischer Maßnahmen vor Ort. Dennoch bleibt die Frage, wie Kommunen strukturell entlastet werden, damit sie nicht weiterhin den Großteil der Klimapolitik aus eigener Tasche finanzieren müssen und wie derzeit 40% der Investitionen, sowie 60% der Gebäudeinvestitionen leisten. Eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist notwendig, da Investitionen in Kommunen sich immer wieder als Bollwerk gegen rechte Populisten beweisen. Dies muss bei allen Steuerreformen der kommenden Regierung unbedingt beachtet werden.
- D. Klimaanpassung:** Die Bedeutung von Klimaanpassung wird in der aktuellen Debatte oft unterschätzt. Hier muss die SPD eine Vorreiterrolle übernehmen – insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung. Extremwetterereignisse und Pandemien zeigen, dass ein widerstandsfähiges Gesundheitssystem ebenso Teil der Klimapolitik sein muss wie der Ausbau kritischer Infrastrukturen.



E. Fossile Kapitalströme konsequent unterbinden: Dazu gehört der Verkauf aller staatlichen Anlagepositionen in fossile Unternehmen ohne glaubhafte Transformationsstrategie sowie [ein nachhaltiges Bundesanlagegesetz](#), das verbindliche Nachhaltigkeitskriterien festschreibt – wie bereits in Baden-Württemberg umgesetzt. Zudem müssen [klimaschädliche Subventionen](#) wie das Dienstwagenprivileg oder die Pendlerpauschale für Verbrenner abgeschafft oder klimafreundlich reformiert werden. Staatliche Investitionen sollen gezielt Unternehmen bevorzugen, die keinerlei fossile Investitionen tätigen, wobei Prinzipien des Tariftreue- oder Lieferkettengesetzes als Vorbild dienen können.

II. Energiepolitik

- A. Keine Verzögerung beim Ausstieg aus fossilen Energien:** Die vergangene Legislatur hat gezeigt, wie wichtig Planungssicherheit für den Erfolg der Energiewende ist. Mit dem Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz wurde der Weg zur Wärmewende entschlossen eingeschlagen. Es ist nun entscheidend, dass die Fristen für den Ausstieg aus Öl und Gas für 2026 und 2028 nicht weiter verschoben werden. Verzögerungen würden das Vertrauen in den Wandel gefährden und den Fortschritt unnötig aufhalten. Es ist wichtig, eine kluge Förderung von Wärmenetzen und Wärmepumpen voranzutreiben, um Ungleichheiten zu begegnen und die Energiewende sozial gerecht zu gestalten. Eine Novelle des WPG kann zur Anpassung notwendig ergriffener Korrekturen genutzt werden, jedoch nicht auf Kosten der Verzögerung des gesamten Prozesses.
- B. Dezentrale Energieversorgung und Speichertechnologien stärken:** Um regionale Wertschöpfung zu fördern und die Versorgungssicherheit zu erhöhen, muss die dezentrale Energieversorgung konsequent ausgebaut werden. Beispiele wie Tübingen und Hamburg zeigen, dass solche Maßnahmen von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden. Zu einer erfolgreichen dezentralen Steuerung gehört auch eine vereinfachte Genehmigung des Verkaufs überschüssiger Energie aus Solardächern, Speichern und Abwärme.
- C. Die Vermeidung von Emissionen** muss klar Vorrang vor Abscheidung und Kompensation haben. [Carbon-Capture-Storage \(CCS\)](#) und [Carbon-Capture-Utilization \(CCU\)](#) unterliegen physikalischen Limits, wie Speichervolumen, Grenzen bei Einspeisung und Transport, sowie gigantischen Energieverbräuchen. Für eine echte Klimawirkung bedeutet das einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien. Dies ist nur für schwer zu vermeidenden Emissionen vertretbar. CCU und CCS dürfen nicht zur Fortführung fossiler Technologien missbraucht werden.



- D. Der Windkraftausbau** muss konsequent weitergeführt werden, die beschleunigten Genehmigungen müssen fortgesetzt werden. Der Netzausbau muss dem Windausbau folgen, um sicherzustellen, dass die Windenergie effizient ins Netz integriert werden kann und der Ausbau nicht durch fehlende Infrastruktur ausgebremst wird.
- E. Der Bau von Gaskraftwerken** birgt Risiken eines verzögerten Gasausstiegs und neuer Pfadabhängigkeiten, Optionen wie flexibilisiertes Biogas und der verstärkte Zubau von Kurzzeit- sowie Langzeitspeichern sind mit dem Ziel der Klimaneutralität deutlich besser vereinbar. Die Bundesregierung sollte nicht mehr Leistung an Gaskraftwerken anreizen, als für die Netzstabilität zwingend notwendig ist.

III. Infrastruktur und Verkehr

- A. Mobilitätswende vorantreiben:** Die Sondierung setzt auf einen Ausbau der Infrastruktur – das ist richtig. Dabei muss der Fokus aber noch stärker auf den Schienenverkehr und den öffentlichen Nahverkehr gelegt werden. Es reicht nicht, Straßen zu sanieren – es braucht eine echte Verkehrswende, die den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität attraktiv macht. Schiene vor der Straße! Dazu gehört auch, den Städten und Kommunen die finanziellen und rechtlichen Mittel zu geben, um die Umgestaltung ihrer Verkehrspolitik selbst in die Hand zu nehmen.
- B. Die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen** dient der Reduzierung von Emissionen und der Verbesserung der Verkehrssicherheit. Das leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Sicherheit auf den Straßen.
- C. Der Erhalt des Deutschlandtickets** sowie die Einführung eines bundesweiten Sozialtickets sind unverhandelbar, um den öffentlichen Nahverkehr für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich und bezahlbar zu gestalten und die soziale Teilhabe zu fördern.
- D. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur** muss weiter vorangetrieben und der Standard für Bezahlsysteme an Ladesäulen vereinheitlicht werden, um die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu erleichtern und den Umstieg auf nachhaltige Mobilität zu fördern.
- E. Das Festhalten am Verbrenner-Aus bis 2035** auf EU-Ebene ist entscheidend, um den Übergang zu nachhaltiger Mobilität zu sichern.



KLIMA.GERECHT

IV. Ernährung und Landwirtschaft

A. Natürlichen Klimaschutz und nachhaltige Landwirtschaft fördern:

Unsere Wasserkreisläufe, Biodiversität und Bodengesundheit sind kein Selbstzweck, sondern die Grundlage unseres Überlebens und unserer Lebensmittelproduktion. Nur mit natürlichem Klimaschutz und einer nachhaltigeren Landwirtschaft können wir zudem unsere Klimaziele erreichen. Diese Einsicht muss die neue Bundesregierung mit entschiedenem Handeln untermauern, und u.a. konsequent unsere Moore wiedervernässen, den Einsatz von schädlichen Chemikalien reduzieren, Agroforstsysteme in die Fläche bringen, und Landwirt*innen solidarisch auf diesem Weg unterstützen. Die Grundlage dafür bilden faire Preise und die gemeinsame europäische Agrarpolitik. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Gelder der EU nicht mehr nach Fläche, sondern nach dem Prinzip "Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen" ausgegeben werden. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf kleinen, genossenschaftlichen und nachhaltigen Höfen, sowie jungen Bäuer*innen liegen. Auch eine überarbeitete Definition von Grundnahrungsmitteln verbessert die zielgerichtete Förderung nachhaltiger Produkte.

B. Förderung des Tierwohls: Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Bürgerrates Ernährung sollte eine zweckgebundene Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls eingeführt werden, um den Wandel hin zu besseren Haltungsbedingungen zu unterstützen.

C. Schutz von Agrarland und fairer Zugang: Agrarland darf nicht länger als Spekulationsobjekt genutzt werden. Dafür braucht es wirksame Agrarstrukturgesetze. Gleichzeitig wird ein Pachtdeckel eingeführt, um den Zugang zu Land fairer zu gestalten und die Belastung von Pächter*innen zu begrenzen. Das erleichtert insbesondere jungen Bäuerinnen und Bauern den Einstieg.

D. Reduktion von Lebensmittelverschwendung: Noch immer werden in Deutschland $\frac{1}{3}$ aller Nahrungsmittel verschwendet - ein Skandal! Die kürzlich auf EU-Ebene beschlossenen, weltweit ersten verbindlichen Reduktionsziele muss die nächste Bundesregierung zum Anlass nehmen, die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren - vom Acker bis zum Teller!



V. Außenpolitik

- A. Internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz:** Der Klimawandel ist ein globales Problem, das internationale Zusammenarbeit erfordert. Die Bundesregierung muss sich klar zur regelbasierten internationalen Ordnung und multilateraler Zusammenarbeit bekennen, um den Klimaschutz weltweit zu stärken und dies mit einem entsprechenden politischen und finanziellen Einsatz untermauern. Dazu gehört, die deutsche Zusage von 6 Milliarden Euro Klimafinanzierung bis 2025 einzuhalten. Ab 2025 müssen Mittel im Haushalt eingeplant werden, die sich an einem fairen Anteil des neuen globalen Klimafinanzierungsziels von mindestens 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr orientieren.
- B. Faire Besteuerung der Profiteure:** Wir unterstützen die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer für Milliardäre, wie sie von Brasilien in der G20 vorgeschlagen wurde. Diese Maßnahme könnte Milliarden Euro für den Klimaschutz generieren und dazu beitragen, dass reiche Bevölkerungsgruppen, die am meisten zur Klimakrise beitragen, angemessene Beiträge leisten.
- C. Schutz von Umwelt und Menschenrechten:** In Europa hart erkämpfter Fortschritt für Umwelt und Menschenrechte droht derzeit durch eine Allianz von Konservativen und der extremen Rechten ausgehöhlt zu werden. Die neue Koalition muss sich deshalb klar für die vollständige Umsetzung des EU Green Deals einsetzen, die fahrlässige Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes verhindern und ein ambitioniertes 2040 EU-Klimaziel sowie eine starke Umweltgesetzgebung unterstützen. Das Klimaschutzgesetz, das die Ampel aufgeweicht hat, muss wieder nachgeschärft werden. Die Ziele und Maßgaben der Bundesregierung müssen sich nach den Verpflichtungen des Pariser Abkommens richten. Deutschland hat sich zu diesen Zielen verpflichtet, und das Bundesverfassungsgericht hat unterstrichen, dass man es kommenden Generationen schuldig ist, Freiheiten zu erhalten und das Klima zu schützen.



KLIMA.GERECHT

Es gibt eine Mehrheit im neuen Bundestag, die lieber inkonsequent zurück will zu alter Technik ohne Zukunft. Doch es braucht genau das Gegenteil: Eine SPD, die bei allen Gesetzen und Ausgaben konsequent bleibt, wenn es um Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Soziales geht. Denn nur durch Konsequenz und eine klare Einheit von Gesetzgebung und Investitionen kann Planungssicherheit und Vertrauen in zukunftsfähige Projekte geschaffen werden.

Als Sozialdemokrat:innen sind wir gemeinsam in den kommenden Jahren gefordert: Weite Teile des politischen Raumes lehnen Verantwortung ab oder kämpfen gegen die Demokratie und alle damit verbundenen Rechte und Freiheiten. Das sozialdemokratische Jahrzehnt begründet sich also nicht mit einem Sieg 2021, sondern im Kampf für Gerechtigkeit, Klimaschutz und Freiheit und einem Kampf gegen Desinformation, Faschismus und Imperialismus. Unsere bisherige Politik hat dazu geführt, dass wir große Teile der Menschen verlieren, denen wir eine Heimat geben könnten, die uns aus Überzeugung wählen könnten. Ohne tiefgreifende Veränderung verlieren wir auch noch jene, die uns aus Gewohnheit wählen. Lasst uns alle gemeinsam diese Leitlinien auch als Start begreifen, in eine Erneuerung der SPD!

Daher rufen wir euch als SPD-Gliederungen auf: Unterstützt unsere sozial-ökologischen Leitlinien für eine klimagerechte Sozialdemokratie und Bundesregierung!